

Die grosse Zerstörungswut des Robert Mugabe

Seit der Bildung einer Einheitsregierung Dutzende von Farmen illegalerweise enteignet – Gefährdung der zaghaften wirtschaftlichen Erholung

Die in Simbabwe regierende Einheitsregierung droht auseinanderzufallen. Ein Streitpunkt betrifft die Landwirtschaftspolitik. Präsident Mugabes Parteigänger unterlaufen Vereinbarungen und Urteile internationaler Gerichte.

Markus M. Haefliger, Harare

Die Urteilsverkündung vor dem Amtsgericht in Harare würde kaum auffallen, stünde nicht eine ältere weisse Dame vor Richter Archie Wochiunga. Die Gerichtsdienere verbreiten eine Stimmung gelangweilter Routine. Vom Gang dringt Stimmengewirr durch die offene Türe in den kleinen Gerichtssaal. Die Angeklagte Hetta Theron, eine Farmerin, beugt sich angestrengt nach vorne. Doch der Richter schaut an ihr vorbei. Er zupft an seinem Talar und murmelt unverständliche Sätze, dann kommt er zu seinem Urteil: «Schuldig!»

Von Haus und Hof vertrieben

Für die 79-jährige Hetta Theron bricht eine Welt zusammen. Die Furcht vor einer Verurteilung war bis dahin von der Aufregung über die Fahrt in die Stadt und den Gerichtstermin in Schach gehalten worden. Nun muss sie von den Angehörigen gestützt werden. Hetta Theron lebt seit 52 Jahren auf dem Hof Friedenthal, der gerade enteignet wurde. Zusammen mit ihrem Mann hatte sie die Milchfarm aufgebaut und sieben Kinder grossgezogen. Nun muss sie das Haus ihrer Erinnerungen räumen.

Willkürliche Enteignungen von Farmen gibt es in Simbabwe seit bald zehn Jahren. Was den vorliegenden Fall bemerkenswert macht, ist die Tatsache, dass er verhandelt wurde, obwohl seit mehreren Monaten jede rechtliche und politische Grundlage dafür fehlt. Eine Koalitionsregierung von Präsident Mugabes Zanu-PF-Partei und dem zuvor oppositionellen Movement for Democratic Change (MDC) war im letzten Februar aufgrund einer Übereinkunft gebildet worden, die Enteignungen wie im Fall Theron ausschliesst. Ausserdem hatte ein internationales Gericht die simbabwischen Landenteignungen verurteilt und die Einstellung der Verfahren befohlen.

Doch der Landraub geht unvermindert weiter. Laut der Commercial Farmers' Union, der Interessengemeinschaft der weissen simbabwischen Farmer, wurden allein seit der Bildung der Einheitsregierung vor acht Monaten die Besitzer von 76 Bauernhöfen mitsamt ihren Landarbeitern per Gerichtsurteil vertrieben. In der gleichen Zeitspanne kam es zu durchschnittlich 200 gewalttätigen Übergriffen gegen weisse Farmer pro Monat.

Von 4500 weissen Farmern vor zehn Jahren leben zurzeit noch rund 400 auf ihren Bauernhöfen. Mugabe betreibt eine Tabula-rasa-Politik, glauben Farmer, die anonym bleiben möchten; der Diktator wolle die letzten Weissen gänzlich von ihren Gütern vertreiben, bevor eine neue politische Ordnung oder die Durchsetzung internationalen Rechts dies verunmögliche. Die meisten weissen Landwirte bewirtschaften ohnehin nur noch einen Bruchteil ihres ehemaligen Grundbesitzes. Einige haben sich mit den Nutznießern der Enteignungen arrangiert, andere wurden auf Restbestände ihrer Bauernhöfe verwiesen. Diese sind die Zielscheibe der jüngsten Enteignungen.

Das Vieh verhungert

Das von der Zanu-PF kontrollierte Justizwesen beruft sich auf einen Verfassungszusatz aus dem Jahr 2005. Danach muss die Regierung bloss den Namen einer Farm veröffentlichen, um deren Enteignung zu vollziehen. Bereits fünf Jahre zuvor war das Privateigentum an landwirtschaftlich genutztem Boden abgeschafft und durch undurchsichtige Nutzungsrechte ersetzt worden, die der Patronage dienstbar gemacht werden



Brachliegendes, unbebautes Land in Simbabwe, der einstigen Kornkammer im südlichen Afrika.

TSVANGIRAI MUKWAZI / AP

können. In den neuen Verfahren ist der Rechtsweg explizit ausgeschlossen. Pakt ein betroffener Landwirt nicht stillschweigend seine Siebensachen, wird gegen ihn ein «Strafverfahren» eingeleitet. Die Staatsanwaltschaft führt gegenwärtig 154 derartige Verfahren durch; nach dem Urteil gegen Hetta Theron ist es eines weniger.

Am Vorabend des Gerichtstermins ist es ruhig auf dem Hof Friedenthal. Die Weiden der Umgebung sind mit Mahacha-Bäumen bestückt, die wie dafür geschaffen scheinen, Tieren und Menschen Schutz zu gewähren. Arbeiter treiben Schaf- und Kuhherden in die



Gehege, die Sonne taucht den aufgewirbelten Staub in goldenes Licht.

Aber die Stimmung auf dem Bauernhof ist gedrückt, nicht nur wegen der drohenden Enteignung. Das Vieh bekommt nicht genug zu fressen, sagt Renias Jowo, ein Vorarbeiter. Deon Theron, ein Sohn Hettas, hat nacheinander drei Farmen in der Nachbarschaft verloren und lebt seither mit seiner Frau in einem Nebenhaus. Er hat seine Herde von 2000 Kühen auf 500 verkleinert, aber es sind noch immer zu viele für das Stück Weideland, das den Therons bleibt. Letztes Jahr sind 120 Stück seines Viehs verhungert. Auch Hetta verkauft oder schlachtet Vieh, um den Bestand zu reduzieren. Die Produktion ihrer Milchfarm ist von 4500 auf 200 Liter pro Tag gesunken.

Eindringlinge haben fünf Sechstel der Fläche der Farm Friedenthal besetzt. Niemand weiss, ob die Störenfriede auf Geheiss des mutmasslichen Nutznießers der Enteignung, eines Geschäftsmanns in Harare, oder auf eigene Faust kamen. Das Verhältnis zwischen den Landbesetzern und Deon Theron ist gespannt. Im September haben Unbekannte die erwachsenen Hunde der

Therons vergiftet, wohl zur Einschüchterung im Hinblick auf das «Strafverfahren» gegen die Mutter. Nur eine Hündin überlebte und hat sich der verwaisten Welpen angenommen.

Illegal und rassistisch

Eigentlich hätte die Bildung einer Einheitsregierung den Niedergang der simbabwischen Landwirtschaft zumindest aufhalten sollen. In der Übereinkunft zur Regierungsbildung vom September 2008 hatten Zanu-PF und MDC eine unabhängige Bilanzprüfung aller privaten Ländereien versprochen. Später sollten deren Besitzer entschädigt werden, und es war beabsichtigt, die Produktivität der Ländereien wiederherzustellen. Wichtige Fragen wie die Regelung der Eigentumsrechte blieben allerdings ausgeklammert.

Gleichzeitig hatte das Tribunal der Southern Africa Development Community (SADC) einen Marschhalt bei den simbabwischen Landenteignungen befohlen. Das Gericht mit Sitz in der namibischen Hauptstadt Windhoek gab einer Klage von Mike und William Campbell, zwei enteigneten Farmern, in allen Punkten recht. Laut dem Urteil von Ende November 2008 berauben die Enteignungen die Betroffenen ihres Rechts auf richterliche Anhörung. Sie sind zudem rassistisch, weil sie ausschliesslich gegen weisse Farmer gerichtet sind, und verletzen das Recht auf Entschädigung. Der Klage hatten sich inzwischen 76 Farmer angeschlossen; auch sie erhielten vor dem SADC-Tribunal recht.

Die simbabwische Regierung missachtet das Urteil. Von der Zanu-PF kontrollierte Ministerien haben sich dazu verschworen, ihm zuwiderzuhandeln. Anfang Februar, wenige Tage vor der Vereidigung der Einheitsregierung, hielten Generalstaatsanwalt Johannes Tomana und Herbert Murerwa, der im Justizministerium für die Distriktrichter zuständig ist, in den zehn Provinzen des Landes Tagungen mit örtlichen Richtern und Polizeioffizieren ab. Laut dem Protokoll eines solchen Workshops wurden die Lokalbehörden angewiesen, die Enteignungen zu beschleunigen. Ausserdem befahl Murerwa den lokalen Gerichten, das Urteil des SADC-Tribunals nicht zu beachten.

Eine Sitzung mit Kabinettsmitgliedern der Zanu-PF fasste Ende August gleichlautende Beschlüsse; das Protokoll wurde kürzlich von der südafrikanischen «Sunday Times» veröffentlicht. Die Geheimtreffen beweisen, dass eine Rede Präsident Mugabes wenige Tage

nach der Bildung der Einheitsregierung nicht polemisch gemeint war. Das Urteil des SADC-Tribunals sei «Blödsinn» und «gegenstandslos», hatte Mugabe zu seinem 85. Geburtstag gerufen.

Wegen der gegensätzlichen Ansichten über die Landwirtschaftspolitik kam es Mitte Oktober fast zum Bruch der Regierungskoalition. Premierminister Tsvangirai gab bekannt, die Zusammenarbeit mit der Zanu-PF in den Regierungsgremien einzustellen. Die Enteignungen untergraben die zaghafte wirtschaftliche Erholung der letzten acht Monate. Die Einheitsregierung hatte als eine der ersten Amtshandlungen die Landeswährung abgeschafft. Die Dollarisierung beendete die Hyperinflation und erleichterte den Alltag der Simbawer. Aber monetäre Instrumente bewirken keinen Aufschwung, solange die Landwirtschaft weiter verstaatlicht und ruiniert wird.

Auswirkungen des Landraubs

Die kommerziellen Farmer bildeten früher das wirtschaftliche Rückgrat Simbabwes. Sie waren für 60 Prozent der Deviseneinkünfte und ein Drittel aller formellen Arbeitsverhältnisse verantwortlich, nicht eingerechnet angegliederte Branchen wie Textil-, Holz- und Möbelindustrie, Tabakverarbeitung sowie die Fabrikation von Gemüse- und Obstkonserven. Diese Gewerbe machten Konkurs oder produzierten laut dem simbabwischen Industrieverband durchschnittlich nur noch zu 30 Prozent ihrer Kapazität. Simbabwe gehört heute zu denjenigen afrikanischen Agrarstaaten, in denen in den Läden nur importierte Butter erhältlich ist.

Der Ökonom John Robertson in Harare ist überzeugt davon, dass Simbabwe ohne eine zumindest teilweise Rückkehr zu einem kapitalintensiven, grossflächigen Agrarsektor nie wieder auf die Beine kommt. Robertson weist anhand von Statistiken nach, dass der Landraub des letzten Jahrzehnts die gleichen Auswirkungen zeitig hat wie schlimme Dürreperioden zuvor. Das Bruttoinlandsprodukt ist in den letzten zehn Jahren um insgesamt 60 Prozent geschrumpft. Der Schaden ist so offenkundig, dass die Fortführung der Enteignungen der sagenhaften Zerstörungswut Kaiser Neros gleicht, der auf der Asche Roms die Stadt seiner Wünsche errichten wollte.

Entlang der simbabwischen Landstrassen brennen Ende Oktober vielerorts die Felder. Auf den verkohlten Stoppeln wächst in der Regenzeit fri-

ches Gras und zieht das Wild an. Die Landbesetzer haben Fallen aufgestellt; sie ernähren sich von der Jagd und von kleinen Familiengärten, auf denen sie Kohl und ein bisschen Mais anbauen. Heruntergerissene Zäune, von denen die Drähte gestohlen wurden, erinnern an ehemalige-Tabak- und Weizenfelder. Von den beweglichen Bewässerungsanlagen wurden die Räder abmontiert, das Rohrwerk selber wird von Landbesetzern als Wäschegestell benutzt.

Bei Marondera, 80 Kilometer südöstlich Harares, treffen wir die Landarbeiter der Ende September enteigneten Farm Karori. Sie kommen vorübergehend auf dem Gelände einer Landwirtschaftsschule unter, die vor zwei Jahren geschlossen wurde. Die Männer erzählen von der gewaltsamen Vertreibung durch den Nutznießer der Enteignung, Brigadier Justin Mujaji. Er gilt als Nummer drei der Armee und als einer jener «Sekurokraten», von denen Simbabwe einmal sagen, dass sie Mugabe ergeben seien, ein anderes Mal, dass sie den Gang der Dinge bestimmten.

«Ich habe ihm (Mujaji) ins Gesicht gesagt, dass ich meine Hütte nicht freiwillig räumen werde, dass er selber Hand anlegen müsse», sagt Makion Macheche, ein vertriebener Vorarbeiter, dem sein mutiger Trotz noch immer anzuhören ist. Daraufhin seien Mujajis Soldaten in sein Haus eingebrochen und hätten seine Habseligkeiten auf einen Haufen geworfen. Die erzwungene Evakuierung, der 110 Landarbeiter-Familien mit einem Traktoranhänger dauerte zwei Tage und zwei Nächte. Mehrere Männer berichten, sie seien geschlagen worden, die Frau eines Landarbeiters wurde bei vorgehaltenem Gewehr von Soldaten Mujajis vergewaltigt.

Ein Heer von Vertriebenen

Jetzt leben die Frauen in armseligen Notunterkünften, während sich ihre Männer in der Umgebung verdingen. Die Frauen beklagen sich über den Mangel an sauberem Wasser und an Toiletten und darüber, dass mehrere Familien in einem Raum schlafen müssten. Elizabeth Vheremu sagt, sie habe nachts Angst, weil sich die Türen nicht abschliessen liessen. Die Kinder können zur Schule gehen, aber diese liegt weit entfernt. Im Dorf der Landarbeiter auf der Karori-Farm lag alles beieinander. Laut der Gewerkschaft der Landarbeiter sind in Simbabwe allein seit Februar dieses Jahres 66 000 Landarbeiter und ihre Familienmitglieder von den Farmen ihrer Arbeitgeber vertrieben worden.